



BayernSPD
Oberanger 38 • 80331 München

Herrn
Josef Götz
Landesvorsitzender
Verband der Krankenhausdirektoren
Landesgruppe Bayern

Herrn
Robert Hinke
Landesfachbereichsleiter Gesundheit,
Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen
ver.di Bayern

München, den 31.01.2018

Gesundheitspolitische Weichenstellungen in den anstehenden Koalitionsgesprächen; hier: Ihr Schreiben vom 22. Januar 2018

Sehr geehrter Herr Hinke,
sehr geehrter Herr Götz,

vielen Dank für Ihren Brief vom 22. Januar 2018, in dem Sie auf die Situation der Krankenhäuser in Bayern Bezug nehmen und krankenhauspolitische Forderungen an die Bundes- und Landespolitik richten. Viele Krankenhäuser in Bayern sind tatsächlich in einer schwierigen finanziellen Situation. Dies gilt insbesondere für die in der Krankenhauspflege tätigen Personen, die in den vergangenen zehn bis fünfzehn Jahren eine erhebliche Arbeitsverdichtung hinnehmen mussten. Dies führte und führt zu Arbeitsüberlastung, unzufriedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Problemen bei der Behandlungsqualität und einer sinkenden Patientenzufriedenheit.

Wir teilen Ihre Auffassung, dass unzureichende Finanzierungsregeln für die finanziell zum Teil prekäre Situation der Krankenhäuser und ihrer Beschäftigten mitverantwortlich sind. Auf Landesebene zählt dazu insbesondere die quantitativ unzureichende staatliche Investitionskostenfinanzierung, sowie eine staatliche Krankenhausplanung, die verfügbare Instrumente nicht nutzt, um eine Mindestpersonalbemessung in den Krankenhäusern umzusetzen. Wir setzen uns daher im Freistaat Bayern dafür ein, dass die staatliche Investitionsförderung den Investitionsbedarf der Krankenhäuser tatsächlich abdeckt. Es kann nicht angehen, dass Mittel aus den diagnosebezogenen Fallpauschalen von den Krankenhäusern zweckentfremdet und teilweise zur Deckung ihrer Investitionsausgaben herangezogen werden müssen. Diese Finanzmittel fehlen dann zwangsläufig an anderer Stelle. Wir fordern die Bayerische Staatsregierung außerdem dazu auf, im

Rahmen der Investitionsförderung und Krankenhausplanung des Freistaats dafür zu sorgen, dass die Plankrankenhäuser Anreize zur Einführung einer Mindestpersonalbemessung haben.

Auf Bundesebene wollen wir die finanzielle Unterstützung von Krankenhäusern durch den Strukturfond fortsetzen, eine vollständige Refinanzierung von Tarifsteigerungen erreichen sowie verbindliche Personalbemessungsrichtlinien für alle bettenführenden Abteilungen einrichten. Zudem wäre es sicherlich sinnvoll, die DRG-Systematik mit einer Versorgungspauschale zu ergänzen, um Personalpflegekosten künftig explizit und zweckgebunden besser abzudecken.

Sehr geehrte Herren, diese Dinge können leider nicht von jetzt auf gleich umgesetzt werden, und insbesondere mit den Landesregierungen müssen wir uns auf harte Verhandlungen einstellen. Wir setzen uns in den laufenden Koalitionsverhandlungen jedoch mit Nachdruck dafür ein, dass die bundespolitischen Weichen im Sinne der Beschäftigten und der Patienten gestellt werden.

Für ein gemeinsames Fachgespräch stehen wir gerne zur weiteren Verfügung.


Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature of Natascha Kohnen in black ink.

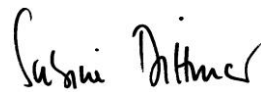
Natascha Kohnen, MdL
Landesvorsitzende
Stellvertretende SPD-Vorsitzende

Handwritten signature of Uli Grötsch in black ink.

Uli Grötsch, MdB
Generalsekretär

Handwritten signature of Marietta Eder in black ink.

Marietta Eder
Stellvertretende Landesvorsitzende

Handwritten signature of Sabine Dittmar in black ink.

Sabine Dittmar, MdB
Gesundheitspolitische Sprecherin
der SPD-Bundestagsfraktion